

Keine US-Unterstützung

Rote-Khmer-Tribunal finanziell gesichert

von Raimund Weiss

Am 28. April 2005 haben die Vereinten Nationen (UN) bekannt gegeben, dass die Finanzierung des lang erwarteten Tribunals zur Ahndung der Verbrechen der Roten Khmer gesichert sei, und Kambodschas Regierung aufgefordert, unverzüglich mit den Vorbereitungen für das Tribunal zu beginnen.

Schon im März 2003 hatten sich die UN und Kambodschas Regierung auf ein neues Tribunalgesetz geeinigt. Wegen der Krise der Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen 2003 — die Wahlergebnisse wurden erneut von der mit der amtierenden Volkspartei *Kampuchea* von Premierminister Hun Sen konkurrierenden Königspartei *FUNCINPEC* von Königssohn Prinz Norodom Ranariddh und der rechtsoppositionellen *Sam Rainsy* Partei nicht anerkannt — verzögerte sich die Ratifizierung des neuen Gesetzestextes durch Kambodschas Parlament bis zum 12. Oktober 2004.

Tribunal schien zu scheitern

Danach schien das Tribunal plötzlich an der Finanzierungsfrage zu scheitern, obwohl die UN zustimmten, zwei Drittel der Kosten zu übernehmen. Zunächst konnten jedoch nur wenige Mitgliedsstaaten gefunden werden, um das auf 56,3 Millionen US-Dollar geschätzte Tribunal mitzufinanzieren. Kritisiert wurde, dass die Tribunalkosten zu hoch angesetzt seien. Nach mehrmonatigen Verhandlungen stimmten dann aber doch mehrere UN-Mitgliedsstaaten am 28. März 2005, darunter Frankreich (4,8 Millionen US\$), Australien (2,3 Millionen US\$), Großbritannien (2,9 Millionen US\$), die Niederlande (zwei Millionen US\$), Kanada (1,6 Millionen US\$), Deutschland (eine Million US\$), Norwegen (eine Million US\$), Dänemark (525.000 US\$), Österreich (360.000 US\$), Südkorea (150.000 US\$), Schweden (150.000

US\$) und Luxemburg (66.000 US\$) einer Teilfinanzierung des Tribunals zu. Insgesamt wird aber Japan mit 21,6 Millionen US-Dollar den Löwenanteil der Kosten für das Tribunal übernehmen, dessen Laufzeit auf drei Jahre geschätzt wird. Kambodschas Regierung zahlt 13,3 Millionen US-Dollar. Es fehlen zwar noch knapp elf Millionen US-Dollar. Aber die UN gaben bekannt, dass mit dem Tribunal dennoch begonnen werden könne, weil zwei Drittel der Kosten gedeckt seien. Auch haben mehrere UN-Mitgliedsstaaten weitere Finanzmittel zugesagt, wenn das Tribunal ange laufen ist. Die Vorbereitungen haben bereits begonnen.

USA lehnen Mitfinanzierung ab

Demgegenüber hat die US-Regierung überraschend eine Mitfinanzierung des Tribunals abgelehnt, ungeachtet dessen, dass sie über lange Jahre als Hauptpropagandist für dieses aufgetreten war. Sie sieht die Demokratie mit der amtierenden Volkspartei *Kampuchea* unter Premierminister Hun Sen in Kambodscha nicht gesichert, obwohl diese zwei Parlamentswahlen (1998 und 2003) und auch die Kommunalwahlen im Jahr 2002 mit deutlicher Stimmenmehrheit gewann. Hun Sen hat bei der US-Regierung einen schlechten Namen, ebenso wie mehrere seiner Regierungsmitglieder, darunter Finanzminister Keat Chhon, Innenminister Sar Kheng, Senatspräsident Chea Sim und der Ehrenvorsitzende der Volkspartei *Kampuchea*, Heng Samrin, waren sie doch ehe-

malige Rote Khmer, welche sich zunächst nicht gegen die Machtübernahme von Pol Pot und die Schreckensherrschaft seines Regimes mit über einer Millionen Toten gestellt hatten.

Vergessen sind von der US-Regierung ihre niedrigrangigen Positionen in Militär und Partei, und dass jeglicher Widerstand gegen das Pol-Pot-Regime den Tod bedeutete. Bedrückendstes Beispiel des damaligen Massenmordes war das Sicherheitsgefängnis *Tuol Sleng* in Phnom Penh, in welchem nach Schätzungen mindestens 13.000 Menschen gefoltert und anschließend in Choeung Ek, einem Vorort der Hauptstadt, exekutiert wurden. Doch erkennt die US-Regierung bis heute die damals unter dem Namen Revolutionäre Volkspartei *Kampuchea* geführte und seit dem Jahr 1998 unter dem Namen Volkspartei *Kampuchea* wieder amtierende Regierungspartei nicht an, weil sie mit Hilfe des sozialistischen Vietnams und den Warschauer-Pakt-Staaten den Massenmord des Pol-Pot-Regimes im Januar 1979 beendete. Die Verbrechen des Regimes wurden übergangen, die Intervention Vietnams als Völkerrechtsbruch mit dem Verweis auf die Souveränitätsrechte Kambodschas verurteilt, während die Regierungen Indiens und der Warschauer-Pakt-Staaten die Intervention als humanitären Akt begrüßten. Für die US-Regierung galt es aber, vermeintliche sowjetische Hegemonialbestrebungen im Bündnis mit China einzudämmen. 

Der Autor ist freier Journalist und Politologe mit Schwerpunkt Kambodscha.